

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 41 (1961-1962)
Heft: 11

Rubrik: Rundschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 16.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

RUNDSCHAU

NEUER SCHRITT DER EUROPÄISCHEN INTEGRATION

Mitte Januar hat die wirtschaftliche Integration Europas einen wichtigen Schritt vorwärts getan. Nach langwierigen, verbissenen Verhandlungen verabschiedete der Ministerrat der *Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft* (EWG) in Brüssel ein umfangreiches Paket *agrarpolitischer Beschlüsse* und entschied sich gleichzeitig einstimmig für die Einleitung der zweiten Stufe der Übergangszeit. Damit ist für den EWG-Ministerrat auf vielen Gebieten nur noch eine qualifizierte Mehrheit, keine Einstimmigkeit mehr notwendig. Der Beschuß über die Zusammenlegung der sechs nationalen Agrarmärkte war die schwierigste Aufgabe, die Einigung daher um so wichtiger für die Zukunft des wirtschaftlichen Zusammenschlusses. Das politische Echo aus den westlichen Hauptstädten ist eindeutig positiv, während die wirtschaftlichen Konsequenzen noch nicht ganz abzusehen sind. Der französische Delegierte machte außerdem seine Zustimmung vom Plazet des Gesamtkabinetts in Paris abhängig. Trotz dieser Einschränkungen ist die Unwiderruflichkeit der Gemeinschaft unterstrichen und ihr supranationaler Charakter erneut dokumentiert worden.

Die wirtschaftliche Integration erweist sich wieder als starker Hebel, um die politische, aber auch die militärische Integration in Gang zu bringen; die Beratungen des Fouchet-Ausschusses für eine politische Europaunion und Perspektiven für gemeinsame Waffenproduktion illustrieren dies. Historische Parallelen dienen den Optimisten zur Bestätigung: die Gründung des Deutschen Zollvereins war im letzten Jahrhundert ein wichtiges Instrument der Einigung Deutschlands — der Abbau der gegenseitigen Zollschränken in der EWG, unter gleichzeitiger Errichtung einer Zollmauer um das

ganze Wirtschaftsgebiet, steigert die Integration auf allen andern Gebieten. Ein Markt mit 170 Millionen Einwohnern ist im Entstehen begriffen, dessen Potenz bald an jenen der 180 Millionen Bewohner der USA heranreichen wird, wenn Großbritannien und andere Mitglieder der EFTA den Weg zur EWG gefunden haben werden. Das *euro-päische Selbstvertrauen*, so schwer erschüttert nach dem zweiten Weltkrieg, erfährt eine neue Stärkung. Dank der Arbeitskraft und der Erfindungsgabe seiner Bewohner und dank der Hilfe Amerikas hat sich in kurzer Zeitspanne ein erstaunlicher Wiederaufstieg vollzogen. Die Rolle der Wirtschaft und des Handels europäischer Staaten in allen Teilen der Welt trägt zu diesem gesteigerten Prestige bei.

Amerika und die EWG

Der Fortschritt in Brüssel zwingt auch die USA zur Anpassung; denn hinter der Zollmauer der EWG entsteht ein mächtiger Handelspartner. Amerika muß sich diesen *euro-päischen Markt* offenhalten; vor allem ein europäischer Agrarmarkt könnte sich bedenklich auf den Absatz amerikanischer Überschußprodukte der Landwirtschaft auswirken. Kennedy hat erklärt, daß die EWG ihre Sendung nur erfüllen könne, wenn sie ihre äußere Zollmauer möglichst niedrig halte. In diesem Sinne sind Verhandlungen zwischen Brüssel und Washington im Gange. Der Präsident führte des weiteren aus, daß für Amerika wirtschaftliche Isolierung und politische Führerschaft unvereinbar seien — die demokratische Administration versucht mit Gegeninitiativen auf den europäischen Wirtschaftszusammenschluß zu

antworten, den Washington aus politischen Gründen stets willkommen geheißen hatte.

Kennedy kündigte in seiner *State-of-the-Union-Botschaft* am 11. 1. einen Fünfjahrplan für die Expansion des Handels an. Diese *Trade Expansion Act* würde die «Reciprocal Trade Agreements Act» ersetzen und für die Beziehungen zur EWG unter anderm folgendes vorsehen: eine stufenweise Aufhebung der Zölle auf Gütern, von denen die USA und die EWG mehr als 80 Prozent herstellen (Autos, Maschinen usw.); Zollsenkungen bis zu 50 Prozent auf andern Gütern; Subventionen für amerikanische Industrien, die von der Konkurrenz der EWG besonders betroffen sind. Dieser Plan einer gemeinsamen liberalen Handelsgemeinschaft wird in vielen Kreisen des Kongresses bestimmt auf Widerstand stoßen, wo man nicht gewillt ist, sich vom Konzept der Schutzzölle zu lösen. Die Regierung Kennedy, die ihr Programm letztes Jahr unter das Zeichen der «New Frontier» stellte, wird hier eine Gelegenheit haben, ihre Fähigkeiten und Energien unter Beweis zu stellen.

In Gesprächen mit dem britischen Lord-siegelbewahrer Heath sprach sich der amerikanische Unterstaatssekretär Ball gegen eine Verwässerung der politischen Verpflichtungen des Römer Vertrages aus, und zwar durch die *Assoziationsgesuche der Neutralen* (vgl. Bericht der «New York Times» aus Wien, 17. 1.). Angesichts der Verhandlungen mit London und Washington sind die EWG-Funktionäre nicht nur voll in Anspruch genommen, was einen Aufschub der entscheidenden Verhandlungen mit den Neutralen nach sich ziehen wird: die Neutralen drohen, an die Peripherie der europäischen Zusammenarbeit gedrängt zu werden. In den Augen jener, die für die Integration eintreten, gewinnt die Bewahrung der vollen Souveränität im Rahmen einer traditionellen Neutralität anachronistische Züge. Der deutsche Verteidigungsminister Strauß erklärte in einer Rede, «daß nämlich eine freiwillige Einschränkung der Souveränität der Bündnispartner notwendig ist, weil eine Souveränität ohne Bündnis angesichts der gegebenen Lage nicht mehr möglich ist. Auch hier hat Chruschtschew die Lehren gezogen, wenn er

treuherzig für die Souveränität der europäischen Völker eintritt und sie zur Aufgabe der Bündnispolitik veranlassen oder vom Anschluß an die Europäische Gemeinschaft fernhalten will» (Rheinischer Merkur, Nr. 53, 29. 12. 61, S. 4).

Neue Impulse in der NATO

Wie in der EWG das Verhältnis wirtschaftliche-politische Integration zentral ist, so beschäftigt sich die NATO immer wieder mit der Relation *militärisch-politischer Zusammenhalt*. Während die militärische Verteidigung weiter ausgebaut und entwickelt wird, zeigen sich bedenkliche Risse in der politischen Einheit. Die Konflikte um die Kolonien Portugals in Afrika und Asien brachten eine Entfremdung zwischen Portugal und seinen NATO-Partnern; auch der Algerienkrieg belastet den atlantischen Zusammenhalt. Chruschtschew versucht mit allen Mitteln, die Bundesrepublik gegenüber Partnern wie Dänemark und Norwegen zu diskreditieren. Die Debatten und Manöver im Rahmen der UN in New York schaffen Mißverständnisse und Reibungen zwischen Staaten, die in der NATO zusammenarbeiten.

Die Tagung der *Atlantic Convention* von Mitte Januar sollte der Einheit der NATO neue Impulse geben. Die in Paris versammelten Vertreter der NATO-Länder wählten den früheren amerikanischen Staatssekretär Herter zu ihrem Präsidenten. Herter hatte zusammen mit William Clayton, dem früheren Chef der Wirtschaftsabteilung des Staatsdepartements, letztes Jahr einen Bericht ausgearbeitet, in dem Vorschläge zur amerikanischen Außenhandelspolitik gemacht wurden, die die Administration nun zum Teil übernommen hat. Vorarbeit für die Pariser Tagung leistete auch die Bewegung *Freedom and Union*, geleitet von Clarence Streit; sie gibt eine Zeitschrift gleichen Namens heraus, die stets Aufsätze prominenter Politiker über Probleme der atlantischen Zusammenarbeit enthält. Am 19. 1. stimmte die «Atlantic Convention» der «Pariser Deklaration» zu, die Richtlinien für eine Neugestaltung der NATO enthält und dabei vor allem die Er-

richtung neuer atlantischer Institutionen fordert. Die Schaffung eines Hohen Rates, die Umwandlung der Parlamentarierkonferenz der NATO in eine Konsultativversammlung, eine Koordinierung der politischen, militärischen und wirtschaftlichen Aktionen sind Punkte dieser Deklaration. Eine kleine Minderheit der Teilnehmer vermißte allerdings den revolutionären Geist für Reformen.

Den Reformvorschlägen ist auch der Plan für die Ausrüstung der NATO mit *eigenen Atomwaffen* zuzurechnen. Vor mehr als Jahresfrist hatte General Norstad diesen Vorschlag für die NATO als «vierte Atommacht» lanciert, der von der neuen Administration jedoch aufs Eis gelegt wurde. Auf der Sitzung des NATO-Ministerrats im Dezember trat Strauß in einem engagierten Plädoyer dafür ein, daß der NATO die Verfügungsgewalt über Nuklearwaffen übertragen werde. In amerikanischen Kreisen, aber auch in andern westlichen Hauptstädten hat man Bedenken: die Frage sei angesichts der neuesten Entwicklungen nicht so entscheidend; die Sprengköpfe sollten ruhig in amerikanischem Gewahrsam bleiben.

Stärkung des NATO-Sekretariats?

Alastair Buchan, Direktor des «Institute for Strategic Studies» in London, legt in der Januarnummer von «Foreign Affairs» einen detaillierten Plan für die Reform der NATO vor. In seiner Analyse erklärt er, daß das militärische Übergewicht der USA in der NATO in den letzten Jahren noch gewachsen sei, während Amerika in nichtmilitärischen Fragen eine geringere Rolle spielt als früher. Darum müßten die USA in eine *bessere politische Verbindung* mit ihren Partnern gebracht werden. Buchan sieht die beste Lösung in einem «starken Sekretariat, in welchem zivile und militärische Planer unter einer zentralen Autorität arbeiten» (S. 177). Die jetzige Struktur, in der der NATO-Rat wenig Einfluß auf die militärische Planung habe und das zivile Sekretariat nicht stark genug sei, um auf weite Sicht zu planen, gebe

den Partnern der USA wenig Einblick in den Stand der strategischen Entwicklung. Hand in Hand mit der Stärkung der Zentrale müßte der politische Rang des Ständigen NATO-Rats erhöht werden, das heißt an Stelle der Diplomaten hätten Staatsminister zu treten, mit direktem Zugang zu ihren Regierungschefs. Buchan schließt mit folgenden Worten: «Der große Angriff, den die Sowjetunion ausgelöst hat, ist nicht gegen die militärischen Kräfte der Allianz gerichtet, sondern gegen ihren politischen Zusammenhang. Wenn die NATO politisch zerstört werden kann, so kann kein Maß von physischer Aufrüstung die Niederlage wieder gut machen. Jede Reform der NATO muß auf eine Steigerung des Vertrauens der Alliierten in die Alliierten ausgerichtet sein» (S. 182).

An die Probleme der europäischen und atlantischen Integration läßt sich ein Hinweis auf die *weltweite Verantwortung der USA* anfügen. In die ersten Monate der Administration Kennedy fiel die mißlungene Invasion auf Kuba; der Konflikt um Berlin warf seinen Schatten auf den zweiten Teil des letzten Jahres. Die große Eloquenz von Kennedys Inaugurationsrede ist einem nüchternen Ton in der «State-of-the-Union»-Botschaft gewichen, der freilich nicht ohne Zuversicht ist. Im *Rahmen der UN* will Washington weiter versuchen, *Brandberde in Afrika und Asien* einzudämmen. Die Lage im Kongo bleibt unübersichtlich: die Aktion gegen den Staat Tschombés wurde in Westeuropa mit bitteren Kommentaren verurteilt; doch ist inzwischen nun ein Schlag gegen das prokomunistische Regime Gizenga in der Ostprovinz geführt worden. Von Nehrus Angriff gegen Goa inspiriert, droht Sukarno mit einer militärischen Intervention in Niedersächsisch-Neuguinea. Krisenherden in Indochina, Nordafrika, im Mittleren Osten kann eindeutiger und entschlossener begegnet werden, wenn der Zusammenschluß Westeuropas und Amerikas auf soliden, realistischen Fundamenten ruht.

Picus

WENIG SPIELRAUM FÜR BERLIN-VERHANDLUNGEN

Gedämpfter, stiller und nachdenklicher war die Atmosphäre der letzten Silvesterfeier in Berlin. Der Schatten der Mauer reicht viel weiter, als man es von dem unansehnlichen Werk aus Ziegeln, Beton und Mörtel erwarten könnte. In den «Prosit-Neujahr»-Rufen vermißte man den alten optimistischen, draufgängerischen und vielleicht ein wenig hochstaplerischen Ton. Man brauchte nicht ein besonders waches Ohr zu haben, um diese Wandlung im Verhalten der Berliner zu hören. Der Berichterstatter fuhr in der Silvesternacht in Westberlin herum. Von einem Balkon am Kurfürstendamm schaute er in die von Neonreklamen hell beleuchtete Arterie des stolzen Wiederaufbaus, hielt sich in den Arbeitervierteln auf und war in der vornehmen Villengegend Berlin-Dahlem zu Gast. Überall hing in der Luft die gleiche Stimmung, die einem, der diese Stadt seit vielen Jahren beobachtet und deren Lebenspuls in den verschiedensten Situationen nachprüfte, schmerhaft an das Herz ging. Man konnte sich nicht des Eindrucks erwehren, daß eine Metropole in das neue Jahr mit dem Gefühl einer bangen Ungewißheit hineinging. Die grausame Wirklichkeit des 13. August 1961 war in dieser Nacht irgendwie deutlicher und plastischer zu spüren, als man das im Alltag vernehmen kann.

Und so scheint es auch jetzt — einen Monat nach dem Schritt über die Jahresschwelle — geblieben zu sein. Alles ist in der Schwebe, und man weiß nicht recht, wie man eigentlich die Position des Westens bezeichnen soll. Was einem hier vor allem auffällt, ist die Skepsis, mit der man allen optimistischen Stimmen begegnet, die aus dem Westen herüberklingen und in denen wahrscheinlich zum Teil in Unkenntnis der wirklichen Lage, aber vermutlich noch stärker mit bewußter Tendenz, behauptet wird, die Situation sei nicht mehr so gefährlich, weil Chruschtschew alle Termine fallengelassen habe und offensichtlich eine Verständigung anstrebe. Gewiß, ein drastisches Fait accompli der russischen und ostdeutschen Kommunisten, durch den die Westberliner Insel über Nacht

im roten Meer des Ostblocks versinken würde, befürchtet man nicht mehr, aber das war — abgesehen von einigen panikartigen Tagen nach dem kommunistischen Streich in Ostberlin am 13. August 1961 — nicht der Kern der Befürchtungen. Der wesentliche Punkt, um den alle bösen Ahnungen der Berliner sich nach wie vor konzentrieren, bezieht sich vor allem auf das Programm der westlichen Schutzmächte und auch der deutschen Bundesregierung, in dem für jedermann klar und deutlich die Imponderabilien präzisiert würden, von denen der Westen nicht um einen Schritt zurückweichen kann. Jahrelang waren es die Berliner gewohnt, daß die drei Westmächte zusammen mit Bonn in der Berlinfrage an einem Strang zogen. Die Ereignisse der letzten Monate und die aktuelle Entwicklung sind leider nicht dazu angetan, um diese wichtige Komponente der politischen Stabilität der immerhin über zwei Millionen Menschen zählenden Stadt zu bestätigen.

Der Verzicht auf Ostberlin

Die Kapitulation der Westmächte, die sich an jenem denkwürdigen Augustsonntag im vergangenen Jahr für jedermann wie ein Blitz offenbarte, bedeutet das eigentliche Substrat der Vertrauenskrise, in der sich Berlin noch immer befindet. Man kann die Geschichte drehen wie man will, man kann immer wieder nach neuen Argumenten suchen und immer neue Entschuldigungen anführen, sie wirken hier nicht überzeugend. Das ist eigentlich viel zu wenig gesagt, denn die Ausflüchte, mit denen man den Ausverkauf der eigenen verbrieften Rechte verbrämen will, ziehen an der Substanz des Widerstandes und vermindern den Grad der Glaubwürdigkeit des Westens auch im Hinblick auf die unbekannte Zukunft.

Kennedy hat wohl aus innenpolitischen Gründen bereits zweimal in öffentlichen Erklärungen den Standpunkt vertreten, daß die Sowjetunion bereits seit dem Ende der vier-

ziger Jahre eine De-facto-Kontrolle über Ostberlin ausübt und daß man die willkürlich eingerichtete Mauer nicht niederreißen konnte, weil das mit dem Risiko einer unübersehbaren militärischen Auseinandersetzung zwischen Ost und West verbunden gewesen wäre. Es handelt sich offenbar um einen Versuch, mit dem Kennedy eine Rechtfertigung im Hinblick auf die aktuelle Situation und womöglich sogar vor der Geschichte sucht. Mag sein, daß er sich dabei auf Ergebnisse von Untersuchungen stützt, von denen das breitere Publikum bis jetzt so gut wie nichts weiß. Wenn es tatsächlich so gewesen wäre, daß das Eintreten der Westmächte nach dem 13. August zur Wahrung der Vier-Mächte-Kontrolle in Berlin von der Sowjetunion als eine Aggression aufgefaßt worden wäre, so müßte man ein derartiges Phänomen als ein schlimmes Omen auch für eventuelle kommende Absprachen oder vertragliche Lösungen mit Chruschtschew in der Westberlinfrage ansehen. Man fragt sich aber, warum die amerikanische Regierung nicht mit einem Weißbuch zu einer derart schwerwiegenden Frage hervorgetreten ist. Nur handfeste Tatsachen und nicht Spekulationen oder Mutmaßungen würden im Stande sein, die Skepsis zu zerstreuen, mit der man solchen Erklärungen Kennedys entgegentritt. Denn man weiß in Berlin von den Überläufern aus der Volkspolizei und den Grenztruppen, daß die militärischen Einheiten, welche am 13. August einen Teil der Viersektorenstadt erobert hatten, einen *stritten Befehl zur Vermeidung jeglicher Kampfhandlungen* in Händen hatten. *Sie führten nicht einmal scharfe Munition mit sich.*

In Berlin entsteht leider der Eindruck, daß die Westmächte die Schlappe vom 13. August als eine vollzogene Revision des Viermächte-Status in seinen wichtigsten Punkten bereits hingenommen haben. Daraus ergibt sich die Schlußfolgerung, daß die Alliierten gegenüber dem maximalen Programm der Sowjets mit einem minimalen Gegenprogramm in der Berlinfrage auftreten, was an sich Keime neuer Niederlagen und Prestigeverluste in sich trägt. Es hat wenig Zweck, wenn man solche unangenehmen Tatsachen verschweigt und sich mit der

unangetasteten wirtschaftlichen Stabilität Westberlins brüstet. Daß die Bevölkerung der schwergeprüften Stadt sich nicht vor einer durch die kommunistische Seite bewußt und systematisch entfachte Panikstimmung beeinflussen ließ und, statt fluchtartig und massenhaft die Stadt und die Arbeitsplätze zu verlassen, sich den unerfreulichen Entwicklungen gelassen stellte und vor allem eine Arbeitsmoral zeigte, die nicht genug anerkannt und gelobt werden kann, bedeutet noch keineswegs, daß damit sozusagen eine Garantieerklärung für ähnliche Lösungen bei allen anderen Verwicklungen gegeben sei. Das anzunehmen wäre unverzeihlicher Leichtsinn. Man hat es vorläufig mit einem Schwebezustand zu tun, der von den politisch wachen Einwohnern der Stadt sehr sorgfältig beobachtet wird. Sollte es zu einem faulen Kompromiß zwischen dem Westen und den Sowjets und noch dazu unter Einschaltung des ostdeutschen Regimes in der Frage des politisch-wirtschaftlichen und kulturellen Inhalts der Stadt kommen, so würde die Lebensfähigkeit Westberlins binnen kurzer Zeit ganz anders aussehen.

Unzulängliches Verhandlungskonzept

Jeder Tag, der höchst unerquicklich verlaufenden Sondierungsgespräche des amerikanischen Botschafters Thompson mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko in der Berlinfrage, bestärkt einen kritischen Beobachter der westlichen Taktik und Strategie im Gefühl, daß die gewählte Methode von Anfang an falsch war. Es ist geradezu erschreckend, wie man in tausend kleinen Dingen an Ort und Stelle des Konfliktes in Berlin keine Übereinstimmung zwischen den drei Alliierten erreichen kann. Für den Gang der großen Politik ist das insofern von Bedeutung, als die Sowjets diese Disharmonie in den Aktionen auf dem Berliner Terrain genau beobachten können und damit einen wichtigen Schlüssel zur Analyse der Grundkonzeption des Westens oder, besser gesagt, den Einblick darin besitzen, daß der Westen in der großen Berlin-Krise nur pragmatisch vorgehen kann. Eine solche Politik, die von

der Hand in den Mund lebt und offenbar nicht im Stande ist, eine halbwegs langfristige Konzeption zu entwickeln, ist kaum imstande, die schwere Prüfung, die ihr die Geschichte unserer Tage aufbürdet, zu bestehen.

Das schlimmste aber an der unzulänglichen Taktik des Westens besteht darin, daß man eigentlich keinen Spielraum für langwierige und nicht unbedingt erfolgreiche, aber mindestens einen Mißerfolg oder eine Gefahr der Niederlage aufschiebende Gespräche hat. Seit Beginn der Berlinkrise im Spätherbst 1958 diktierte das Gebot der Stunde dem Westen, sich Chruschtschew für seinen Vorstoß mit der Wiederaufnahme der Offensive in der osteuropäischen Frage zu revanchieren. Auf den Schlag gegen den Viermächtestatus hätte damals ein Gegenangriff wegen der Verletzung aller Abmachungen, welche die Sowjetunion zum Gegenstand der freien Wahlen in den heutigen Satellitenstaaten eingegangen ist, folgen müssen. Die Regierung Eisenhowers hat einen solchen Schritt versäumt. Aber die Regierung Kennedys hätte diesen Fehler korrigieren müssen. Noch nach dem Wiener Treffen mit Chruschtschew wäre die Zeit dazu reif gewesen. Daß man dies aber auch

dann nicht getan hat, als die Sowjetunion dem Westen eine Prestigeschlappe in Berlin im August 1961 zugefügt hatte, ist einfach unverständlich. Man fragt sich, wo ist denn überhaupt ein Spielraum für Verhandlungen, wenn man von der westlichen Seite sogar Ostberlin von der Traktandenliste einer eventuellen Konferenz anscheinend streichen will. Auf diese Weise verengt sich dieser Raum auf ein Territorium, das zwischen der Friedrichstraße und dem Kontrollpunkt Drei Linden liegt, das heißt praktisch auf das Gebiet der drei Westsektoren, wobei die Sowjets dann das Problem der Zugangswege als Druckmittel zum Aushandeln eines bedenklichen neuen Status diesmal nur für Westberlin benützen können. Mit einem solchen Hinterland an diplomatischen Konzeptionen und politischen Trümpfen, das, wie gesagt, ein Minimum der vorhandenen Möglichkeiten darstellt, kann Botschafter Thompson keine erfolgreiche Erkundigungsgespräche in Moskau führen. Wenn man aber keinen Spielraum hat, setzt man sich der Gefahr aus, daß sich die Geschichte, die mit solchen Symbolen wie München und Jalta behaftet ist, auch in Berlin wiederholen kann.

Alexander Korab

DIE PRÄSIDENTENWAHL IN FINNLAND

«Militärnote» und Nowo-Sibirsk

Als sich der Staatspräsident auf den Hawaii-Inseln aufhielt, traf am 30. 10. 61 eine Note aus Moskau ein, in der gemeinsame militärische Beratungen über die Ostseeverteidigung vorgeschlagen wurden. Die Note stützte sich auf den Friedensvertrag und auf den Freundschafts- und Beistandspakt. Man hatte in Finnland nicht erwartet, daß diese Erinnerung an die unangenehmen Punkte der nicht vermeidbaren «Verträge» gerade jetzt vor der Präsidentenwahl aufgefrischt würde;

manche Leute glauben aber — mit Recht oder Unrecht — daß der Präsident hierüber sehr gut Bescheid wußte. Das Zusammentreffen in Novosibirsk zwischen dem Staatspräsidenten und dem russischen Ministerpräsidenten verlief wie die Begegnung in Leningrad Anno 1959: die Krise zog vorüber, aber unter der klaren Bedingung, daß das finnländische Volk niemanden anderen als Freund Kekkonen zum Präsidenten wählen solle. Die Gruppe um Honka wurde verdächtigt, sie wolle die Verträge nicht einhalten und die guten Beziehungen zur Sowjetunion gefähr-

den. Die Episode kann als ein Musterbeispiel vertrauensvoller Koexistenz betrachtet werden.

Als Held kehrte Kekkonen zurück und wurde tatsächlich von Zehntausenden als Retter des Vaterlandes begrüßt. Der anständige Honka legte seine Kandidatur nieder, und der ganze Honka-Block löste sich auf. Binnen kurzem fingen zahlreiche bürgerliche Elektorenkandidaten, die zu Honka gehalten hatten, an, in der Presse zu verkünden, sie seien nun eines Bessern belehrt worden, und Kekkonen sei der Mann. Zwischen den alten und den neuen Anhängern Kekkonens hub sogar eine Kampagne an, wer nun der bessere Kekkonen-Mann sei. Man wurde unfreiwillig an die spätrömische Kaiserzeit erinnert. Sämtliche drei bürgerlichen Parteivorstände bogen auf Kekkonen ein; nur einige Frondeure blieben unter den Parteimitgliedern, ja sogar unter den Elektorenkandidaten zurück.

Ein Felsen ragte noch aus dem Meere der allgemeinen Huldigungen: die SPD — also die Rechtssozialdemokraten mit Tanner — beschlossen jetzt, einen eigenen Kandidaten aufzustellen — ohne die Erlaubnis der Schutzmacht einzuholen. Sie ernannten den sozialdemokratischen Abgeordneten und Chefredaktor *Rafael Paasio* zum Kandidaten. Die kläglichen Reste der Honka-Front sammelten sich auch um diesen Namen. Eine Majorität konnte er nicht gewinnen, man wollte aber wohl das Gesicht wahren, eine Geste, die vielleicht für die Zukunft wichtig sein kann.

Wahlpropaganda und Wahlkampf

Jetzt ereignete sich ein interessantes volkspsychologisches Wunder. Eine gewaltige Agitation zugunsten einer höchstmöglichen Beteiligung an den Mitte Januar 1962 stattfindenden Elektorenwahlen setzte ein. Es liege eine «echte Wahl» vor, und das finnische Volk müsse in Scharen bekunden, daß es treu zu Kekkonen halte. Es war dies etwas verblüffend, da Moskau ja deutlich genug zugunsten dieses Mannes gesprochen hatte. Man schien den Eindruck der Einmischung da-

durch verwischen zu wollen, daß das Volk nun selbst einen Präsidenten wählte, der zufällig auch in Moskau angesehen war. Ein Pessimist würde von Servilität und Furcht sprechen, ja er würde vielleicht auch darauf hinweisen, daß unerhört viel Geld in die Wahlpropaganda gesteckt wurde. Dabei war bis auf Paasio kein Gegenkandidat da.

Um nun diesen Mangel zum mindesten äußerlich aufzuheben, ernannten die Kommunisten jetzt auch einen eigenen Kandidaten, den Vizevorsitzer des Reichstages, *Aitio*. Auch die Linkssozialisten kamen mit einem sehr schwachen Mann: *Skog*. Es waren also nun doch vier Kandidaten vorhanden, von denen man vermuten konnte, daß zwei reine Strohmänner waren. Fast die gesamte Presse jubelte aber, daß vier Kandidaten da seien und es die Pflicht des Volkes sei, so zahlreich wie möglich zu stimmen. Keine Andeutung durfte gedruckt werden, daß alles vielleicht nicht ganz in Ordnung sei, obwohl diese Ansicht sehr verbreitet war. Eine staatsbürgerliche Freiheit, die Wahl zu boykottieren, wurde nicht anerkannt. Die Wahlparolen lauteten: «Für nordische Freiheit und Demokratie, für Kekkonen.»

Die Kommunisten fingen sogar an, den «Hauptkandidaten» anzugreifen. Die bürgerliche Presse fing den Ball auf und erklärte, es sei ungemein wichtig, daß alle Bürgerlichen Kekkonen unterstützen, sonst könnte ein Kommunist Staatspräsident werden. Der Gedanke, daß die finnische KP gegen die Order von Moskau handeln könnte, wurde nicht analysiert. Nur die Sozialdemokraten schienen einen klaren Kopf bewahrt zu haben. In den skandinavischen Nachbarländern war man etwas überrascht; das Hauptinteresse war jedoch darauf konzentriert, daß einem selbst nichts passiere. Also sei doch Kekkonen der Beste. Innerhalb der finnischen Sozialdemokratie wunderte man sich etwas, daß sich Schweden ungebeten beeilte, zu erklären, die Neutralität sollte unter allen Umständen gewahrt werden. Man fand die Erklärung nicht sonderlich weise.

Als äußere Begründung für die «Militärnote» hatte der Besuch von Minister Strauß in Oslo in Nato-Angelegenheiten gedient. Auch Kekkonen sah sich veranlaßt, das

«militaristische» Westdeutschland anzugreifen; auf die Frage bei einem Fernsehinterview, ob er bereit sei, die Sowjetzone als selbständigen Staat anzuerkennen, antwortete er vorbeugend, deutsche Fragen seien für Finnland immer verhängnisvoll gewesen, und man müsse sich alles genau überlegen. Für eine nordische «neutrale Zone» zeigte er mehr Interesse.

Die Elektorenwahlen vom 15./16. Januar 1962

Es herrschte eine überhitzte Stimmung im Lande, als die Wahllokale Montag, den 15. Januar, um 12 Uhr mittags ihre Türen öffneten. Das Trommelfeuer zugunsten Kekkonens und gegen einen Feind, der längst nicht mehr vorhanden war, erreichte ein Crescendo. Der Stil war fast amerikanisch; vielleicht waren vom Besuch in Washington gewisse Tips mitgebracht worden. Hinter der hektischen Wahlpropaganda zugunsten Kekkonens steckte die wachsende Überzeugung der Ohnmacht Amerikas, von jener der Vereinigten Nationen ganz zu schweigen. Man sollte auch nicht vergessen, daß eine westliche Macht, Großbritannien, die verhängnisvollen «Verträge» mitveranlaßt hat, die Finnland an die Sowjetunion fesseln. Sich auf Amerika oder England zu verlassen, scheint demnach vielen sehr töricht. Im Interesse der Wahrheit muß nochmals hervorgehoben werden, daß der Honka-Block als «Feind» auch gar nicht an so etwas Törichtes gedacht hatte. Man war sich über die schwache Stellung Finlands gegenüber der Sowjetunion völlig klar. Man wünschte vielleicht nur eine nicht zu intime Liebe innerhalb des Freundeskreises der «Societas leonina», in der man sich befand.

Das Interesse der Massen an der Wahl der Elektoren ist seit 1925 ständig gewachsen. Im Jahre 1956 kam man auf einen Rekordprozentsatz von 73,4% aller Stimmberechtigten. Der erste Wahltag brachte schon rund die Hälfte der Stimmberechtigten an die Wahlurnen. Am zweiten Tag erschienen an die 30%: die ganze Teilnahme wird auf 79% veranschlagt; dies ist für Elektorenwahlen eine Höchstleistung. Nur die Reichstagswahl von 1954 hat diese Prozentzahl übertroffen,

indem sie 79,9% erreichte. Die Hauptstadt kam bei den gegenwärtigen Elektorenwahlen auf reichlich 80%. Die Totalzahl der Stimmberechtigten betrug im Januar 1962 2 740 000; rund 2 150 000 erfüllten ihre «Pflicht».

Die Beflissenheit um die Wahl des genehmen Mannes hatte die Parteischränken gesprengt. Die Bauernpartei selbst war ganz im «Wahlverband Kekkonen» ertrunken, da hier ja weite bürgerliche Gruppen mitwirkten. Dieser Verband erhielt nun 955 000 Stimmen; dies sichert ihm 145 Wahlmänner oder fast die Hälfte. Für diejenigen Wahlmännerkandidaten, die dem Kekkonen-Verband außerhalb ihrer Partei nicht direkt beitreten wollten, funktionierten die bürgerlichen Parteikanzleien weiter. So erhielten die Finnische Konservative Partei außerdem 38 eigene Wahlmänner, die Schwedische Volkspartei, die 6 Elektoren innerhalb des Kekkonen-Verbandes musterte, noch 14 und die Finnische Volkspartei einen Wahlmann. Da die große Masse dieser «zusätzlichen» 53 Elektoren auch auf Kekkonen geschworen hat, kann der Staatspräsident für seine Neuwahl am 15. 2. 62 rund 195 Wahlmänner mobilisieren. Hiermit kann er schon im ersten Wahlgang mit großer Majorität gewählt werden. Nur Rytí wurde 1940 und Paasikivi 1950 unter ähnlichen technischen Umständen gewählt.

Die Kommunisten erzielten 64 Elektoren und der sozialdemokratische Paasio-Verband 36. Für die Linkssozialisten war diese Wahl eine Katastrophe, indem sie nur zwei Wahlmänner unter dreihundert gewannen. Aber auch für die Tannergruppe bedeutete die erungene Elektorenzahl einen Prozentsatz weit unterhalb ihrer Reichstagsrepräsentation. Dieses gilt — obgleich in kleinerem Maßstab — für die Kommunisten. Man kann aber annehmen, daß viele Sozialdemokraten und Kommunisten direkt für die Wahlmänner innerhalb des Kekkonen-Verbandes gestimmt haben. Der «Sieg» der Bauernpartei-ler und der Bürgerlichen in den Elektorenwahlen würde dann reduziert. Die Stärke der Parteien kommt sowieso erst bei den Reichstagswahlen vom 4./5. Februar 1962 zum Ausdruck, weil die Präsidentenwahl diesmal mehr als je eine Personenwahl ausmacht.

Weitere Aussichten und Schlüsse

Die Neuwahl Kekkonens zum Staatspräsidenten 1962—1968 scheint völlig entschieden, obschon die formelle Wahl durch die Elektoren erst am 15. Februar erfolgt. Als «schwarzes Pferd» in einem späteren Wahlgang hatten viele auf den immer noch sehr populären Reichstagspräsidenten Fagerholm getippt. Bei der gegenwärtigen Lage der Dinge scheint jedes schwarze Pferd ausgeschlossen. Man fragt sich, ob die Kommunisten, wie es bis jetzt in allen Parteien gebräuchlich war, im ersten Wahlgang an ihrem eigenen Kandidaten Aitio festhalten, oder ob sie direkt für Kekkonen stimmen werden. Im ersten Fall würde Kekkonen mit 195 gegen 105 Stimmen siegen, im zweiten Falle mit 261 gegen 39. Er würde nämlich auf jeden Fall im zweiten Wahlgang, wahrscheinlich schon im ersten die beiden linkssozialistischen Stimmen bekommen. Gegen Kekkonen werden unter allen Umständen die 36 sozialdemokratischen Wahlmänner und höchstens drei Bürgerliche sein.

Dabei hatte Justizkanzler Honka, bevor das Machtwort in Nowo-Sibirsk ausgesprochen wurde, die große Majorität der bürgerlichen Wähler und die ganze rechte Sozialdemokratie für sich. Zusammen hätten diese beiden Gruppen große Chancen gehabt, eine knappe Majorität unter den Wahlmännern zu erzielen. Während und nach der Elektorenwahl ging die bürgerliche Presse eifrig darauf ein, daß die Wahlteilnahme maximal sein würde und die Majorität Kekkonens möglichst groß. Dabei hatte sich hinsichtlich der Lage Finnlands gar nichts Neues zugetragen. Über die Möglichkeit von «Militärnoten» waren alle Kenner der so gepriesenen «Verträge», die ja die friedliche Koexistenz garantierten, genügend orientiert. Die «Verträge» waren aber heilig und über alle Diskussion erhaben.

Bei dem Wahlgang im Januar wurde nur die eine Staatsmacht in Finnland gewählt. Die andere, oder das Parlament, wird am 4./5. Februar erkoren. Normale Reichstagswahlen waren sonst sowieso in Finnland im Sommer 1962 fällig. Kekkonen löste aber, im Zusammenhange mit der Besprechung in

Nowosibirsk, den Reichstag auf und ordnete Wahlen zu einem Zeitpunkt an, an dem man überblicken konnte, ob er neugewählt werden würde. Dies kann man; und nun besteht die Frage, ob er auch einen gefügigen Reichstag erhält. Mit dem alten kam er nicht aus, es sei denn, er hätte die Kommunisten als beherrschende Partei in eine «Volksfrontkoalition» mit den Bauernparteilern und den Linkssozialisten mitgenommen. Dies hätte ihn — womöglich auch nach Nowosibirsk — um die Neuwahl gebracht, weil die Bürger dann ihr Gesicht total verloren hätten. Die Kapitulation der finnischen Bürgerlichen vor dem geschickten und zynischen Politiker Kekkonen wird damit verschleiert, daß dieser jetzt ohne Hilfe der Kommunisten gewählt werden kann. In der Frage, ob nun die kommunistischen Wahlmänner für Kekkonen stimmen sollen oder nicht, befinden sich also die Bürgerlichen zwischen zwei Feuern.

Es ist anzunehmen, daß ein gefügiges Parlament aus den Wahlen hervorgeht. Es ist auch anzunehmen, daß der große Bruder dem kleineren erlaubt, ohne einheimische Kommunisten zu regieren, wenn die anderen eine brave Koalition zusammenbringen können. Auch für die kleinste Assoziation mit der EWG, die in der erweiterten Form den dominierenden Handelspartner Finlands darstellt, wird ein Verbot erlassen werden. Der Osthandel muß politisch gefördert werden, und die Währung ist schon bedroht. Anerkennung der DDR, Rapacki-Plan, die Ostsee als «Friedensmeer» und dergleichen werden bald auf der Wunschliste stehen. Die weitere nordische Zusammenarbeit wird aber gestattet sein, in der stillen Hoffnung, mindestens Norwegen aus der Nato drängen zu können. Amerika wird sehr zufrieden sein, daß kein Krisenherd entsteht, wobei sein Einfluß sichtbar gemessen werden könnte.

Es hat Völker in der Geschichte gegeben, die weit dümmer auf fremde Machtworte reagiert haben. Es gab sogar schlechte Patrioten, die der Ansicht waren, daß man Wahlen, die nicht mehr frei sind, boykottieren sollte. Der finnländische Premier Miettunen wußte es besser. Er hat in einer demokratischen Rede am 17. 1. 62 den Wahlsieger

begrüßt und das Volk beglückwünscht, eine solche politische Reife erreicht zu haben. Die Wahl galt ja der Demokratie und der nordischen Freiheit. Man ahnt langsam, wie die großen Majoritäten hie und da zustande kommen.

Axel von Gadolin

Hinweis: Das sowjetische Begehr an Finnland über Konsultationen auf Grund des Beistandspaktes von 1948, Teil I, Europa-Archiv 1961, Seite D 676ff., Teil II, Europa-Archiv 1962, Seite D 18—D 28. *Redaktion*

IRLAND VOR EINER LEBENSWICHTIGEN ENTSCHEIDUNG

Unmittelbar vor dem Druck des nachfolgenden Berichtes veröffentlichte die Frankfurter Allgemeine die Meldung aus Brüssel, wonach der irische Ministerpräsident Lemass vor dem Europäischen Ministerrat in Brüssel den Antrag seiner Regierung auf volle Mitgliedschaft in der EWG, unter gewissen Bedingungen, erläutert habe. (Frankfurter Allgemeine, D-Ausgabe 19. 1. 62.)

Die Redaktion

Einen Tag nach der Erklärung des britischen Premierministers Macmillan, Großbritannien werde Verhandlungen für einen Beitritt zum Gemeinsamen Markt aufnehmen, meinte der irische Premierminister, Sean Lemass, wenn Großbritannien dem Gemeinsamen Markte beitrete, werde Irland folgen. Diese Entscheidung wurde von allen sechs irischen Parteien gutgeheißen, obwohl sie für die irische Politik eine ganz große Wendung bedeutet. Warum dieser Entschluß so ganz selbstverständlich angenommen wurde, läßt sich nur verstehen, wenn man den politischen und wirtschaftlichen Hintergrund der Situation Irlands kennt.

Abhängigkeit von England

1921 haben sich die Iren in einer blutigen Revolution für sechzehnzig ihrer Grafschaften die politische Freiheit erkämpft und damit einer siebenhundertjährigen englischen Besetzung ein Ende gemacht. Die Triebkräfte für die Loslösung von England waren neben der völkischen Verschiedenheit, die durchaus nicht unterschätzt werden darf,

vor allem die Verschiedenheit der religiösen Bekenntnisse seit der Reformation und die wirtschaftlichen und sozialen Schwierigkeiten des 19. Jahrhunderts. Im vorigen Jahrhundert blieb Irland — im Gegensatz zum mächtig aufsteigenden, industrialisierten England — als reines Agrarland in der Entwicklung stecken und wurde zudem von den Mißernten der vierziger Jahre schwer getroffen. Die politische Befreiung des Jahres 1921 war keineswegs vollständig, da Irland als Dominion im britischen Commonwealth verblieb. Eine radikal republikanische irische Partei unter der Führung von Eamon de Valera gab sich aber mit dieser halben Lösung nicht zufrieden und entfesselte einen Bürgerkrieg gegen die Mehrheitspartei, die Cumann nan Gaedheal, die den Dominionsvertrag abgeschlossen hatte. Mit Hilfe englischer Waffen gelang es aber, die revoltierenden Republikaner zu besiegen und die Existenz des jungen Staates zu sichern. Die Republikaner gaben aber ihre Ziele nicht auf, schlossen sich zur Fianna-Fail-Partei zusammen und kamen so im Jahre 1932 auf demokratischem Wege an die Regierung.

Ihre beiden Hauptziele hießen: Loslösung Irlands aus dem britischen Common-

wealth und wirtschaftliche Unabhängigkeit. Das erste Ziel wurde schrittweise erreicht: 1937 wurde eine neue Verfassung angenommen, die die republikanischen Prinzipien enthielt und den Einfluß der englischen Königskrone de facto bereits ausschaltete. 1949 erfolgte dann die offizielle Proklamation der Republik und der Austritt aus dem Commonwealth. Die wirtschaftlichen Vorteile des Commonwealth blieben aber dank der englischen Großzügigkeit weiterhin erhalten.

Schwieriger war die Verfolgung des zweiten Ziels, die wirtschaftliche Unabhängigkeit: die Iren haben sie bis heute noch nicht erreicht. Als Irland noch zu Großbritannien gehörte, war die wirtschaftliche Verbindung selbstverständlich eng: Irland lieferte an England Agrarprodukte und bezog Industrieerzeugnisse. Diese Verbindung dauerte auch nach der politischen Befreiung an: Irland konnte nämlich nicht von einem Tag auf den andern industrialisiert werden. Die erste Freistaat-Regierung hatte nichts unternommen, um diese Lage zu ändern. Erst als 1932 Fianna Fail die Macht übernahm, wurde die wirtschaftliche Abhängigkeit von Großbritannien als wirklich schmerhaft empfunden. Als erster Schritt wurde die Zahlung der Ablösungssumme an Großbritannien gestoppt (5 Millionen Pfund jährlich). Dann begann man, ein Programm für die Industrialisierung Irlands aufzustellen mit dem Ziele, daß innerhalb einiger Jahre alle Verbrauchsgüter in Irland hergestellt werden könnten. Gleichzeitig mit der Industrialisierung vollzog sich eine Neubelebung der Landwirtschaft, die zu Beginn der dreißiger Jahre in eine Krise geraten war.

Auf dem Gebiete der Industrialisierung konnte bis zum Ausbruch des zweiten Weltkrieges einiges erreicht werden. Rund 100 Industriezweige wurden neu eingeführt und 900 Fabriken und Werkstätten errichtet. Die Produktion konnte so von 18 Mill. Pfund im Jahre 1932 auf 28 Mill. im Jahre 1940 gesteigert werden. Die neuen Industrien produzierten vor allem Kleider, Zement, Papier, Zucker, Baumaterialien, Elektrizität (aus Torf) und verarbeiteten Agrarprodukte. Bereits vor dem Kriege wurde auch eine irische Ölraffinerie geplant, die aber erst 1959 voll-

endet werden konnte und heute den ganzen Ölbedarf Irlands verarbeitet.

Der zweite Weltkrieg zeigte den Vorteil dieser Autarkie-Politik: durch die fast vollständige Selbstversorgung konnte Irland seine Neutralitätspolitik trotz aller britischen Drohungen durchhalten. Der neugelebte Außenhandel und vor allem die Emigrationsstatistiken zeigten aber nach dem Kriege, daß eine Industrie für den Inlandbedarf Irland nicht vorwärts zu bringen vermochte. Zuerst 1948 bis 1951 und dann nochmals 1954 bis 1957 wurde Fianna Fail durch eine Koalition aller andern Parteien aus der Regierung verdrängt. Die treibende Kraft dieser Koalition, die Fine-Gael-Partei, versuchte die irische Industrie nach dem Export auszurichten. In der ersten Regierungsperiode (1948—1951) war die Koalition noch zu uneinig, um die neue Politik endgültig durchzusetzen. Seit 1954 scheint nun aber niemand mehr daran zu zweifeln, daß die Zukunft Irlands nur durch eine starke Exportindustrie gesichert werden kann. Diese Politik übernahm dann — allerdings schweren Herzens — Fianna Fail im Jahre 1957.

Die Begünstigungen, die Irland heute ausländischen Unternehmern bietet, sind kaum zu übertreffen. Die Regierung gewährt eine nichtrückzahlbare Anleihe für den Bau der Fabrikgebäude, der in westlichen den ganzen, in den übrigen Gebieten den halben Baupreis deckt; ebenso zahlt die Regierung bis zu 50% des Inventars und der Maschinenausstattung; die Gewinne aus dem Export sind bis 1983 vollkommen steuerfrei. Diese Vorteile haben ihre Wirkung nicht ganz verfehlt: allein im Jahre 1960 wurden von japanischen, deutschen, französischen und englischen Unternehmen ungefähr 30 neue Fabriken in Betrieb genommen, so daß heute ziemlich alle Güter in kleinen Quantitäten hergestellt werden: Transistoren, Autos, Staubsauger, Rasierklingen, Stahlröhren und Zigaretten. Zudem scheint sich rund um den Shannon-Freiflughafen eine vielseitige Industrieanhäufung zu bilden: auf diesem Flugplatz besteht volle Zollfreiheit für die Lagerung und teilweise Verarbeitung von Produkten. Deshalb haben viele weltbekannte Unternehmen im zentral zwischen Europa

und Amerika gelegenen Shannon eine «Zwischenstation» aufgebaut.

All das hat aber den eigentlichen wunden Punkt der irischen Wirtschaft, die Abhängigkeit von England, nicht aus der Welt zu schaffen vermocht. Von Exporten im Werte von rund 130 Mill. Pfund gingen 1960 fast 110 Mill. nach Großbritannien. Als nächstes Abnehmerland folgen die USA mit 7 Mill. und die Bundesrepublik Deutschland mit 2,8 Mill. Pfund. — Auch zwei Drittel der Importe kommen aus Großbritannien, und fast die Hälfte der auswandernden Iren findet in Großbritannien Arbeit. Wie groß die Abhängigkeit von Großbritannien ist, hat die Entscheidung zum Beitritt zum Gemeinsamen Markt gezeigt. Ohne den britischen Schritt hätte Irland nie daran gedacht, Mitglied der EWG zu werden, denn die erst vierzigjährige politische Freiheit ist den Iren zu teuer, um sie schon aufzugeben. Zudem möchte man die seit dem zweiten Weltkrieg gefestigte Neutralitätspolitik nicht gerne ändern, da sie Irland in der UNO einen relativ großen Einfluß verschafft hat. Die Iren sind stolz auf ihre Arbeit in der UNO. Darum sind wohl in keinem andern Land die Veröffentlichungen über Arbeit und Ziele der UNO so zahlreich wie in Irland. Aber wenn Großbritannien der EWG beitritt, so bleibt Irland gar nichts anderes übrig, als das gleiche zu tun. Würde nämlich zwischen Großbritannien und Irland die Außenzollschranke der EWG errichtet, dann stünde Irland ziemlich sicher vor dem wirtschaftlichen Ruin. Für den irischen Nationalstolz ist es natürlich unangenehm, diese Abhängigkeit vor aller Welt einzustehen, denn die meisten Iren möchten die Engländer am liebsten vom Erdboden verschwinden lassen.

Auswanderung

Mit dem Problem der wirtschaftlichen Abhängigkeit von Großbritannien und dem Beitritt zum Gemeinsamen Markt sind aber noch zwei andere Fragen verknüpft, die den Beitritt zur EWG zugleich dringender und auch hoffnungsvoller erscheinen lassen: die Auswanderung und das Grenzproblem.

Irland ist wohl das einzige Land der Welt, das eine seit einem Jahrhundert ständig abnehmende Bevölkerung hat. Vor der ersten Hungerkatastrophe im Jahre 1845 lebten auf dem Gebiete der heutigen irischen Republik etwas mehr als sieben Millionen Menschen, heute sind es nur noch 2,815 Millionen. Den ersten großen Schlag brachte die Kartoffelmißernte von 1845, in deren Gefolge eine Million Iren auswanderte und schätzungsweise 500 000 bis 1 000 000 verhungerten. Von diesem Rückschlag hat sich die Insel nie mehr erholt. Die Auswanderung unterlag nur kleinen Schwankungen. Jährlich verließen etwa 50 000 Iren die Heimat. Die Mitte August veröffentlichten Zahlen der neuesten Volkszählung zeigen ein Jahresmittel von 43 000 Auswanderern in den letzten fünf Jahren. Trotz einer starken Geburtenrate ist die Bevölkerung seit 1956 von 2,898 Mill. auf 2,815 Mill. gesunken. Nach Schätzungen leben heute etwa viermal mehr Iren im Ausland als in der Heimat, teilweise allerdings schon in zweiter und dritter Generation.

Die Veröffentlichung dieser neuesten Zahlen hat in Irland wie ein Schock gewirkt. Nach den Berichten über den industriellen Aufschwung hatte man guten Grund anzunehmen, die Auswanderung sei langsam zurückgegangen und Irland sei nun fähig, seiner wachsenden Bevölkerung im eigenen Lande Arbeitsplätze zu bieten. Zur allgemeinen Überraschung zeigte aber die Volkszählung, daß die Zahl der Arbeitsplätze in den letzten fünf Jahren nicht zugenommen, sondern sich um ganze 51 000 vermindert hat. Als Berichtigung muß allerdings beigelegt werden, daß die Arbeitsplätze in der Industrie zugenommen haben, daß aber die Landwirtschaft einen ganz bedenklichen Kräfteverlust erlitten hat, da zahlreiche kleinere Bauerngüter entweder ganz verlassen oder zu größeren, wirtschaftlicheren Einheiten zusammengefaßt wurden.

Ein wöchentlicher Verlust von fast 1000 Arbeitskräften auf eine Bevölkerung von nicht ganz drei Millionen muß tatsächlich als furchtbarer Blutverlust erscheinen: noch größer als der ostdeutsche, der sich zudem auf ein 18-Millionen-Volk verteilt. Man begreift daher die Notschreie vor allem der

Oppositionspolitiker in Irland und die Forderung, endlich die Entwicklung der Exportindustrie ernstlich voranzutreiben. Von einem Beitritt zum Gemeinsamen Markt erhofft man sich nicht zuletzt ein Versiegen der Auswanderung. Bis aber Irland über genügend einheimische Industrie verfügt, wird es in der EWG vor allem ein Arbeiterreservoir bilden.

Das irische Grenzproblem

1921 erhielten nur die 26 südlichen Grafschaften der irischen Insel die politische Freiheit, während die sechs nordirischen Grafschaften beim Vereinigten Königreich blieben. Völkische und geographische Gesichtspunkte standen einer solchen Teilung unzweifelhaft entgegen. Aber der irische Norden war ziemlich stark industrialisiert. England wollte ihn daher nicht ohne weiteres preisgeben. Zudem waren einige nördliche Grafschaften dank einer starken schottischen Einwanderung mehrheitlich protestantisch, während das übrige Irland fast 100% Katholiken zählte. Durch die Abtrennung des Nordens vom Süden wollte man den Protestanten das Schicksal ersparen, sich in einem mehrheitlich katholischen Staate Minderheitsrechte zu erkämpfen.

Aber die britischen Teilungsstrategen begingen einen Fehler, indem sie auch katholische Landesteile in den angeblich rein protestantischen Norden eingliederten. Heute zählt Nordirland etwas mehr als einen Drittel Katholiken. Das hat von allem Anfang an die Erbitterung der irischen Republikaner erregt: wären nur die wirklich protestantischen Teile abgetrennt worden, hätte man die Teilung wahrscheinlich hingenommen, wenn auch unwillig. Daß aber auch rein katholische Teile wie South Down, South Armagh, Derry und Tyrone zum Norden geschlagen wurden, konnten die irischen Republikaner nicht verschmerzen. In ihren Augen war der eigentliche Grund der Teilung die Absicht Großbritanniens, sich den industrialisierten

Norden zu erhalten und zu den protestantischen Teilen möglichst viel katholisches Gebiet zu schlagen, aber nur soviel, daß die protestantische Mehrheit nicht gefährdet wurde.

Mehrmals unternahm die Regierung der irischen Republik Vorstöße, um über eine Einigung der Insel zu verhandeln, stieß aber immer auf die Ablehnung des britischen Parlamentes und der nordirischen Regierung. In den letzten vierzig Jahren haben sich die beiden Hälften der Insel zunehmend auseinandergelobt, so daß heute die Grenze gerechtfertigter scheint als zur Zeit der Teilung. Die Politiker der irischen Republik vergleichen die Teilung ihrer Insel sehr gerne mit der Teilung Deutschlands: sie verlangen das Selbstbestimmungsrecht für den nordirischen Teil und eine innerirische Regelung der Frage, ohne Einmischung des britischen Parlamentes.

In den letzten Jahren schien aber die Frage der Einigung ziemlich ferne gerückt zu sein — bis zum Tage, da sich die Entscheidung über den Beitritt zum Gemeinsamen Markt stellte. Von einem gemeinsamen Beitritt Großbritanniens und Irlands zur EWG erhoffen sich heute viele südirische Politiker, daß die Grenzen allmählich verschwinden, daß sich die beiden Hälften der Insel langsam wieder zusammenleben und daß dann endlich auch die politische Einigung der ganzen Insel möglich werde. Nordirische Politiker haben diese Hoffnung allerdings als unbegründet und utopisch zurückgewiesen und betont, der Grund der Teilung liege in der religiösen Verschiedenheit, und diese Verschiedenheit könne durch den Eintritt in den Gemeinsamen Markt nicht aus der Welt geschafft werden. Für die irischen Republikaner bedeuten diese Äußerungen aber noch lange nicht das letzte Wort: die Hoffnung auf eine Einigung ganz Irlands durch den Gemeinsamen Markt ist das einzige, was ihnen diesen schweren Schritt erträglich macht, und diese Hoffnung wird denn auch nicht so leicht preisgegeben.

Eugen Febr

INNENPOLITISCHE RUNDSCHAU

Man spricht seit einigen Jahren viel von einer Versachlichung der Politik und meint damit vor allem die Ausehnung der ideologischen Gegensätze, welche das politische Kampffeld zuvor während Jahrzehnten bestimmt haben. Daran ist ohne Zweifel etwas Richtiges. Noch besser würde man vielleicht von einer Ökonomisierung der Politik sprechen. Macht man eine Bestandesaufnahme der innenpolitischen Fechtgänge der letzten Zeit, so herrschen rein wirtschaftliche und finanzielle Fragen vor. Man kämpft um Steueransätze oder um die Finanzierungsart von gigantischen Bauwerken wie den Nationalstraßen. Man schickt Budgetvorlagen und Verkehrspläne bachab oder beschließt Schutzmaßnahmen für einzelne Wirtschaftszweige. Gleichsam zum Ausgleich erhitzten sich die Gemüter von Zeit zu Zeit an hochmodernen Kirchturmformen oder technischen Verschändlungen einer Landschaft, deren Schönheiten der Masse wenigstens bei solchen Gelegenheiten wieder zum Bewußtsein kommen.

Doch das ist nur die eine Seite der Innenpolitik. Neben diesem Bereich, in dem handfeste Interessen ausgehandelt und gelegentlich auch kulturpolitische Fehden ausgetragen werden, gibt es jenen andern, der Regierung und Volk in steigendem Maß vor schicksalsschwere Grundsatzfragen stellt, die nicht mehr nach rein materialistischen Erwägungen der Zweckmäßigkeit beantwortet werden können. Es sind jene Probleme, die sich aus der Internationalisierung der Wirtschaft und dem weltpolitischen Gegensatz zwischen dem Lager der Freiheit und dem Totalitarismus ergeben. Die schweizerische Innenpolitik steht in diesen Tagen in mehrfacher Hinsicht im grellen Widerschein einer allgemeinen politischen Konstellation, mit der sich der neutrale Kleinstaat ebenfalls, wenn auch auf seine spezifische Art, auseinandersetzen muß.

«Neutralität ist keine Schande»

Das innenpolitische Problem Nummer eins bleibt vorläufig die Integrationsfrage. Wenn

in letzter Zeit von seiten des Bundesrates wiederholt betont worden ist, daß unser Land hier einer großen Bewährungsprobe von geschichtlicher Tragweite entgegengehe, so sind solche Mahnworte zur Besinnung auf unsere politische Substanz nur allzu berechtigt. Das Schweizervolk kann sich unter Umständen vor die Frage gestellt sehen, ob es in einer Periode allgemeiner Hochkonjunktur bereit sei, für die Erhaltung seiner staatspolitischen Eigenart wirtschaftliche Opfer zu bringen. Zwar hat die Landesregierung Mitte Dezember zusammen mit den andern Neutralen an die EWG ein Assoziationsbegehrn gestellt. Man muß sich aber auf Grund der jüngsten Entwicklung ernstlich fragen, ob kommende Verhandlungen in dieser Richtung rasch von Erfolg gekrönt sein werden. Die Einigung des Ministerrats der EWG zu Jahresanfang über eine gemeinsame Agrarpolitik, die zugleich grünes Licht für die Einleitung der zweiten Stufe der Übergangszeit zu einer wirklichen Wirtschaftsgemeinschaft bedeutet, hat das Selbstbewußtsein jener EWG-Kreise, die sich als die Kerentruppe eines politisch integrierten Europas betrachten, außerordentlich gestärkt. Von dieser Seite dürfen die Neutralen nicht allzu viel Verständnis für ihre besonderen Anliegen erwarten. Sie werden als Außenseiter betrachtet, welche die Vorteile der wirtschaftlichen Integration genießen wollen, ohne die entsprechenden politischen Konsequenzen zu tragen. Es wird schwerhalten, diesen Leuten einigermaßen klarzumachen, daß eine solche Interpretation der neutralen Verhandlungsstrategie einer groben Mißdeutung gleichkommt — schon deshalb, weil sie mit ihrer nationalen Praxis der faktischen Beamtenherrschaft in mancher Hinsicht von anderen politischen Kategorien her denken als die Völker mit funktionsfähigen Systemen des Parlamentarismus und der Referendumsdemokratie. Sie neigen dazu, das Heil auf der Ebene supranationaler Verwaltung, nicht übernationaler politischer Koordination, zu suchen.

Nun gibt es allerdings auch innerhalb der

EWG versöhnlichere Stimmen. Sie stammen vor allem aus der Bundesrepublik. Bundeswirtschaftsminister und Vizekanzler Prof. Ludwig Erhard hat als ihr gewichtigster Exponent am 15. Januar in seinem St. Galler Vortrag zu der ganzen Problematik in einer Art und Weise Stellung genommen, die nach dem der Sache nach sehr brüsken Auftreten Prof. Hallsteins in Zürich da und dort wieder optimistischere Erwartungen auslösen dürfte. Er stellte die europäische Integration entschieden in den größeren Rahmen einer anzustrebenden atlantischen Gemeinschaft. Und vor allem fand er für die besondere Lage der Schweiz verständnisvolle Worte. «Wenn wir die europäische Geschichte kennen und uns erinnern — so führte er aus —, welche Bedeutung die Neutralität der Schweiz innerhalb Europas hatte, so muß ich sagen: Neutral sein ist keine Schuld und ist keine Schande und darf auch nicht bestraft werden.»

Das war uns Schweizern aus dem Herzen gesprochen. Man wird sich indessen hüten müssen, diese Stellungnahme zu einem wesentlichen Faktor im künftigen Seilziehen um eine beidseitig annehmbare Lösung aufzuwerten. Es wird für die Vertreter der Bundesrepublik in den entscheidenden Verhandlungsphasen Prioritäten geben, die sich zum vornehmerein abschätzen lassen und die letzten Endes nicht zu unseren Gunsten sprechen werden. Die deutsch-französische Verständigung als eines der Hauptziele deutscher Außenpolitik ist nach wie vor ein so zartes Pflänzchen, daß Bonn es sich kaum leisten wird, mit rückhaltlosem Einsatz zum Anwalt der Neutralen zu werden. Die realistische Folgerung aus dieser Lage kann nur darin bestehen, daß man die Möglichkeit langwieriger Verhandlungen zum vornehmerein in Rechnung setzt. Man wird sich auch überlegen müssen, ob es allenfalls neben der eigentlichen Assoziation noch andere Formen der wirtschaftspolitischen Koordination geben könnte. In dieser Beziehung liegt im deutlich zum Ausdruck gebrachten Wunsch Präsident Kennedys, eine möglichst weitgehende Liberalisierung der Handelsbeziehungen innerhalb des gesamten westlichen Lagers allseits energisch anzustreben, die augenblicklich

vielleicht größte Hoffnung der Neutralen. Dabei könnte sich auch die Konzeption der westdeutschen Regierung, die sich hier mit den Absichten des amerikanischen Präsidenten völlig zu decken scheint, gewissermaßen auf dem Umweg über Washington doch stark zu unseren Gunsten auswirken.

Hexenjagd oder geistige Landesverteidigung?

Die unlösbare Verflechtung unseres Schicksals mit den weltpolitischen Ereignissen trat in den letzten Wochen in der teilweise sehr erregten Diskussion um den Osthandel einmal mehr klar zutage. Unser Staatsbewußtsein gründet in erster Linie im Willen zur Unabhängigkeit und im Recht auf Selbstbestimmung. Darum kam die Reaktion unseres Volkes auf die ungarische Revolution einer Grundwelle nationaler Empörung gleich. Und darum ist auch das Mitgefühl des Schweizers mit der zweigeteilten Stadt Berlin besonders tief. Auf diesem emotionalen Hintergrund erscheint es einem großen Teil der Öffentlichkeit als ungerechtfertigt, mit den Zwingherren Osteuropas normale Handelsbeziehungen zu pflegen, deren Gewinne auf die Dauer ohnehin zu Lasten des freiheitlichen Lagers gehen müssen. Die Stellungnahme von Regierung und verantwortlichen Wirtschaftskreisen hat zwar sichtbar gemacht, daß das ganze Problem sehr komplex ist und sehr verschiedenartige Aspekte aufweist. Die gesunde Reaktion der Volksmeinung gegen eine einseitig wirtschaftliche Be trachtungsweise der Ostkontakte und den damit verbundenen Rückgriff auf einen allzu formalistischen Neutralitätsbegriff hat aber doch ohne Zweifel eine positive Wirkung gehabt. Einerseits zeigte es sich eindeutig, daß bestimmte Wirtschaftskreise den Bogen überspannt haben. Und anderseits wurden die zuständigen Behörden veranlaßt, ihre handelspolitische Praxis in dieser Richtung genau zu überprüfen. Es wäre zum Beispiel gewiß in jeder Beziehung inopportun, wenn die Bundesverwaltung durch Erteilung von Exportrisikogarantien für Osthandelsgeschäfte das ihre zur Intensivierung dieser in jedem Fall problematischen Handelsströme

beitragen würde. Man darf hoffen, daß die laufende Diskussion hier die notwendig gewordene Flurbereinigung in Gang gebracht hat.

In diesem Zusammenhang kann indessen auch nicht verschwiegen werden, daß die Auseinandersetzung da und dort unsympathische Formen angenommen hat. Wenn Lehrer ihre Schüler aufgefordert haben, zu Hause festzustellen, ob Waren aus dem Osten eingekauft werden, so sind das unwürdige Praktiken, die an totalitäre Vorbilder erinnern. Sie verfehlten darüber hinaus das Ziel, weil sie die an sich nötige Standortbestimmung auf eine affektgeladene unsachliche Ebene verlagern und damit diskreditieren. Sie arbeiten auf diese Weise ungewollt jenen in die Hände, die aus Verblendung oder Berechnung die Geschäfte des Bolschewismus betreiben. Daß die Fronten in dieser Beziehung auch in unserem Land nicht überall gleich hart sind, zeigt sich bei solchen Gelegenheiten immer von neuem. Dabei zeichnet sich jeweils rasch ein Gegensatz zwischen deutscher und welscher Schweiz ab. Als anfangs Januar ruchbar wurde, daß der schweizerische Eishockeyverband zur Betreuung der Nationalmannschaft einen zwar fachlich gut ausgewiesenen, menschlich integren Trainer bündnerischer Abstammung aus La Chaux-de-Fonds ernannt habe, der Mitglied der PdA sei, bestand in der deutschschweizerischen Sportwelt nicht der geringste Zweifel, daß das völlig untragbar sei. In der welschen Schweiz dagegen löste die prompte Entlassung dieses Betreuers einen Sturm der Entrüstung aus. Man sprach und schrieb vom alemannischen Verfolgungswahn und McCarthyismus und rief nach der endgültigen Ausklammerung der Politik aus dem Sport.

So bedauerlich diese Geisteshaltung ist, wird man sich doch davor hüten müssen, solche Äußerungen zum Nominalwert zu nehmen und die Welschen in Bausch und Bogen zu verdammen. Es spielen hier ohne Zweifel Faktoren mit, die mit der Sache selbst wenig oder nichts zu tun haben. Abgesehen davon, daß in solchen Fällen immer wieder die romanische Tendenz zur rein formalistischen integralen Interpretation der Geistesfreiheit zutage tritt, wird hier auch

eine Art von Minoritätenkomplex wirksam. Der aktive Antikommunismus der Deutschschweizer erscheint als Versuch einer geistigen Bevormundung, auf deren Ansätze die sprachlichen Minderheiten naturgemäß allergisch reagieren. Unter diesen Voraussetzungen hat es wenig Sinn, gegen solch bedauerliche Manifestationen, wie sie in der jüngsten Zeit vorgekommen sind und sicherlich auch weiter vorkommen werden, mit grobem Geschütz aufzufahren. Geduldige Aufklärungsarbeit in Form des steten Dialogs kann hier allein weiterführen. Die geistige Landesverteidigung darf unter keinen Umständen in eine unkontrollierte Hexenjagd ausarten.

Eine falsche Initiative zur falschen Zeit

Das grundsätzliche Postulat, Fragen unserer staatlichen Existenz ohne emotionale Überhitzung sachlich und verantwortungsbewußt zu diskutieren, wird vermutlich in den nächsten Wochen auch in anderem Zusammenhang in Erinnerung gerufen werden müssen. Am 1. April findet die eidgenössische Volksabstimmung über die Verfassungsinitiative der «Schweizerischen Bewegung gegen atomare Aufrüstung» für ein prinzipielles Verbot der Atombewaffnung unserer Armee statt. Niemand wird die schicksalsschwere Problematik, vor die sich die Menschheit durch die Erfindung der Atombombe gestellt sieht, auf die leichte Schulter nehmen. Wir alle stehen ständig im Schatten der Angst vor einer unabsehbaren Katastrophe. Probleme von dieser Tragweite haben sich aber noch nie in der Geschichte dadurch lösen lassen, daß man ihnen aus dem Wege gegangen ist und sie ignoriert hat. Sieht man von jenen Befürwortern der Initiative ab, die mit ihrer Unterstützung einfach die Geschäfte des Kremls besorgen wollen, so handelt es sich bei den Atomwaffengegnern meist um Kreise, die diese Haltung aus durchaus ehrenwerten religiösen Motiven heraus einnehmen. Das ändert indessen nichts daran, daß sie die Frage falsch sehen und damit auch zu falschen Schlüssen kommen. Die berüchtigte Formel «Lieber rot als

tot» zielt am Problem vorbei. Nachdem die Atomwaffen einmal da und vor allem auch in den Händen des einzigen potentiellen Angreifers, der Sowjetunion, sind, geht es einzlig und allein darum, die Bolschewisten am Einsatz dieser furchtbaren Kampfmittel zu hindern. Und das ist nur möglich, wenn das atomare Gleichgewicht einigermaßen intakt bleibt. Für die Schweiz im besonderen stellt sich die Frage der Anschaffung solcher Waffen vorläufig nicht. Anderseits ist mit dem Begriff unserer Neutralität jener der Selbstverteidigung und damit einer angemessenen Rüstung verbunden. Unser Land darf sich daher nicht zum vornehmerein die Möglichkeit verbauen, die weitere Entwicklung der militärischen Kampftechnik in ihrem Rahmen und nach ihren Bedürfnissen mitzumachen.

Wer moralische Gründe gegen diese Haltung ins Feld führt, dem sind zwei Fragen zu stellen: Ist es vielleicht moralischer, mit der Geste des Pharisäers das blutige Geschäft unserer Verteidigung mitsamt der schmutzigen Atombewaffnung ein für allemal den Amerikanern zu überlassen und sich in ihrem Schutz die Hände sorgfältig sauber zu halten? Und ist es vielleicht sittlicher, die Bewahrung unseres Gemeinwesens vor der Bolschewisierung demutsvoll und untätig einem hoffentlich gütigen Schicksal anzuvertrauen, statt sie nach besten Kräften selbst zu organisieren? Das Gleichen von den Talenten gilt doch wohl auch dort, wo es um die Erhaltung einer menschenwürdigen Staats- und Gesellschaftsordnung geht.

Spectator

WIRTSCHAFT UND RECHT

Hinweise auf Aufsätze im letzten Jahrgang (1961)

Der abgeschlossene 13. Jahrgang der Zeitschrift *Wirtschaft und Recht* zeichnet sich, wie seine Vorgänger, wieder durch eine Vielzahl anregender Aufsätze zu Grundsatz- und Tagesfragen des schweizerischen Wirtschafts- und Rechtslebens aus¹. Es würde indessen den Rahmen einer kurzen Besprechung sprengen, wollten wir auch nur stichwortweise auf jeden einzelnen Beitrag eingehen. Wir begnügen uns deshalb mit knappen Bemerkungen zu einigen wenigen Aufsätzen, deren Auswahl einen Eindruck von der Fülle der erörterten Gegenstände vermitteln soll.

Immer ausgeprägter machen sich in letzter Zeit mancherlei Spannungen im Gefüge der schweizerischen Volkswirtschaft bemerkbar. Diese Spannungen äußern sich vor allem im rascher werdenden Preisauftrieb, dem sich zusehends verschärfenden Mangel an Arbeitskräften, einem Defizit unserer

Handelsbilanz von ungewöhnlichem Ausmaß und der fortschreitenden räumlichen Konzentration von Bevölkerung und Wirtschaftstätigkeit um wenige Schwerpunkte bei gleichzeitiger relativer Entvölkerung weiter Landesteile. Es hieße die wahre Natur dieser Erscheinungen erkennen, würde man sie lediglich als rasch wieder verschwindende Auswüchse einer bestimmten Konjunkturphase deuten. Denn sie sind mehr als das: in ihnen findet der stürmische Wachstumsprozeß, den unser Land zusammen mit einem Großteil der übrigen Welt seit Kriegsende durchläuft, seinen typischen Ausdruck.

Mit den Hauptaspekten dieses Wachstumsprozesses befaßt sich *F. Kneschaurek* in seinem Beitrag *Wachstumsprobleme der schweizerischen Wirtschaft* (Heft 1, 1961). Der Verfasser hält den Scheitelpunkt der wirtschaftlichen Wachstumswelle der Nachkriegsjahre noch keineswegs für erreicht; er rechnet im Ge-

genteil mit deren Andauern über weitere 10 bis 20 Jahre. Demzufolge sieht er noch auf lange Sicht hinaus keine Entspannung am Arbeitsmarkt. Er befürchtet vielmehr eine nachhaltige Zuspitzung, da immer mehr Länder, aus denen unsere Fremdarbeiter stammen, sich in bezug auf Arbeitskräfte in Mangelländer verwandeln. Dadurch gewinnt auch das Preisproblem an Schärfe, das in einer wachsenden Wirtschaft ohnehin aufzutreten pflegt, denn soweit der inflatorische Preisauftrieb von der Lohnseite her verursacht ist, steht seiner Bekämpfung die chronische Arbeiterknappheit hemmend entgegen. Damit in Zusammenhang steht das Kapitalproblem: der durch hohe Arbeitskosten ausgelöste Anreiz zu arbeitsparenden Investitionen trifft sich mit den durch den rapiden technischen Fortschritt bedingten Ersatz- und Erneuerungsinvestitionen und dem Mittelbedarf durch Leistungsbilanzfehlbeträge und steigende Auslandsanlagen. Alle diese Faktoren vereint lassen, trotz der gegenwärtig noch zureichenden Kapitalversorgung, für die Zukunft eine nachhaltige Kapitalknappheit nicht als ausgeschlossen erscheinen. Ein weiteres Wachstumsproblem liegt in der bereits erwähnten Zusammenballung des schweizerischen Industriepotentials auf engstem Raum (bereits heute sind es 80% auf bloß 7% der Landesoberfläche), mit allen negativen Begleiterscheinungen kultureller, demographischer und soziologischer Natur.

Da die aufgezeigten Probleme solche der langfristigen Entwicklung sind, verlangen sie — wie der Autor betont — nach besonderen Lösungen. Behelfsmäßige Vorkehren, wie sie etwa gegen eine vorübergehende Konjunkturüberhitzung getroffen werden, würden dafür nicht ausreichen. Vor allem gelte es, jenen optimalen Wachstumsgrad anzustreben, bei dem die unvermeidbaren Spannungen sich in erträglichem Rahmen hielten, was für unsere Volkswirtschaft bei einer Zunahme der Gesamtnachfrage von 2,5% bis 3% jährlich der Fall sein dürfte.

Wird dieser längerfristige Ausblick auf ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum aber nicht durch die Möglichkeit mittelfristiger Konjunktureinbrüche in Frage gestellt?

Strukturelle Krisen auf Grund von Verschiebungen der Nachfrage (z. B. Ersatz von Kohle durch Erdöl) oder infolge von Fortschritten der Produktionstechnik werden — wie *H. Sieber* in seinem Artikel *Wird es nie mehr Wirtschaftskrisen geben?* darlegt (Heft 4, 1961) — immer wieder auftreten. Dagegen hält er in Zukunft tiefgreifende Einbrüche wie die Depression der 1930er Jahre für höchst unwahrscheinlich. Knescharek und Sieber eröffnen damit in ihren Ausführungen die Aussicht auf eine noch jahrelang andauernde Wachstumsperiode, die mit beträchtlicher Wahrscheinlichkeit keine schwerwiegenden Konjunkturrückschläge aufweisen wird. Daß die Perspektiven dennoch nicht problemlos sind, ist bereits erwähnt worden. Eines der vordringlichsten Probleme wird dabei unzweifelhaft dasjenige der Geldentwertung sein, die fast zu einem strukturellen Element der modernen Volkswirtschaften geworden zu sein scheint.

Eine Reihe weiterer Aufsätze befaßt sich mit aktuellen gesetzgebungs-politischen Aufgaben. So legt *F. W. Bigler* die Grundzüge des Entwurfs zu einem Bundesgesetz über die Arbeit in Industrie, Gewerbe und Handel (Arbeitsgesetz) dar (Heft 1, 1961). *Theo Keller* nimmt kritisch zur Frage eines Bundesgesetzes über die Anlagefonds Stellung (Heft 3, 1961), wobei er zum Schluß gelangt, daß zur Zeit kein dringender Anlaß zu einer derart ausführlichen Sondergesetzgebung über die Anlagefonds bestehe, wie sie der vorliegende Departementsentwurf vorsehe. Temperamentvoll und von grundsätzlicher Warte aus setzt sich *E. Heuß* mit dem Vorentwurf eines Bundesgesetzes über das Filmwesen auseinander (Heft 2, 1961), der von der Annahme ausgeht, daß ein freier Zugang zu Filmverleih und Filmvorführung eine Qualitätsminderung mit sich brächte. Da diese Annahme der allgemeinen Regel entgegensteht, wonach die Konkurrenz normalerweise sowohl zu niedrigeren Preisen als auch zu einer Qualitätsverbesserung führt, prüft Heuß eingehend, ob tatsächlich Umstände vorliegen, die von der Konkurrenz im Filmwesen eine von der Regel abweichende Wirkung erwarten lassen. Seine Untersuchung führt ihn zum Schluß, daß Herstellung und

Aufführung minderwertiger Filme auf Grunde zurückgehen, die auf einer ganz anderen Ebene als derjenigen der Konkurrenz liegen. Die Folgerung liegt daher auf der Hand: ist nicht die Wirksamkeit der Konkurrenz am minderwertigen Film Schuld, so ist auch die Schließung des Marktes, wie sie der Vorentwurf gesetzlich verankern möchte, nicht das geeignete Mittel zur Hebung des Filmniveaus. Die sachgerechte Lösung muß also auf anderem Wege als dem der Konkurrenzbeschränkung gesucht werden.

Kartellrechtliche Fragen sind Gegenstand einer Anzahl weiterer Aufsätze. *M. Usteri* und *H. Deschenaux* unterziehen den bekannten Bundesgerichtsentscheid i. S. Giesbrecht gegen Vertglas einer detaillierten Analyse (Heft 2 und 3, 1961). *H. R. Boeckli* setzt sich für eine ausgedehnte Kartellpublizität, insbesondere die Einrichtung eines Kartellregisters ein (Heft 2, 1961). In einer kritischen Stellungnahme (Heft 2, 1961) gesteht *F. Marbach* der geforderten Publizität zwar eine gewisse Präventivwirkung gegen allfällige Kartellmißbräuche zu, hält sie aber im Gegensatz zu Boeckli als Maßnahme zur Förderung des wirtschaftlichen Wettbewerbs für ungeeignet. Dazu bedürfe es besonderer gesetzlicher Vorkehren gegen wettbewerbspolitisch anstoßiges Verhalten.

Probleme und Möglichkeiten einer wirksamen Finanzkontrolle stehen im Mittelpunkt der

aufschlußreichen Darlegungen von *H. Letsch* (Heft 2, 1961); mit der Staatsschuldenpolitik als Konjunktur-Lenkungsinstrument befaßt sich *R. Oswald* in *Staatsschuldenpolitik als Mittel zur Konjunkturbeeinflussung* (Heft 4, 1961). Die Staatsschuldenpolitik erweist sich auf Grund seiner Analyse als taugliches Werkzeug zur Beeinflussung der Konjunktur, doch stehen ihrer wirkungsvollen Anwendung schwer überwindbare praktische Schwierigkeiten entgegen, so daß dieses Instrument im politischen Alltag viel von seiner Schlagkraft einbüßt.

Die Erwähnung mancher weiterer interessanter Beiträge müssen wir uns hier versagen. Abschließend bleibt lediglich noch anzufügen, daß auch der neueste Jahrgang von «Wirtschaft und Recht» wieder die wertvolle systematische Übersicht über *Rechtsprechung des Bundesgerichts zu den Wirtschaftsartikeln der Bundesverfassung* von *E. Abderhalden* (Heft 4, 1961) und die *Arbeitsrechtliche Chronik* von *E. Schweingruber* und *F. W. Bigler* (Heft 3, 1961) enthält.

Herbert Schönenberger

¹ Wirtschaft und Recht, Zeitschrift für Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsrecht mit Einschluß des Sozial- und Arbeitsrechts, hg. von PD Dr. L. Schürmann und Prof. Dr. E. Küng.

Das Recht ist Ordnung der Menschen und Dinge, aber auch der verschiedenen Teile des Rechtes unter sich. Der Jurist muß das juristische Gewissen der Rechtsetzung sein; nur dann hat die Gliederung des Rechts — und gerade des schweizerischen —, die eine wesentliche Garantie der Freiheiten ist, ihren Sinn und Wert, wenn die hierarchische Ordnung von Verordnung, Beschuß, Gesetz und Verfassung, von autonomem Gemeinderecht, kantonalem und Bundesrecht gewissenhaft gewahrt wird. Und wenn in außergewöhnlichen Zeiten Notrecht die ordentliche Rechtsstruktur durchbrechen muß, ist es eine Aufgabe des Juristen, dafür zu sorgen, daß die Grundsätze der ordentlichen Rechtsordnung in Gesetzgebung und Rechtsprechung nicht in Vergessenheit geraten, sondern als wertvolle Güter eines freiheitlichen Gemeinwesens im Bewußtsein der Bürger lebendig bleiben.

Max Huber